

## **„Europa [ist] keine Sonntags-, sondern eine schwierige Alltagsangelegenheit“:<sup>1</sup>**

### **Das Ringen der SPD-Bundestagfraktion um die Europapolitik**

*Jürgen Mittag*

*erste Skizze, bitte nicht zitieren*

Zu den regelmäßig bemühten Narrativen der deutschen Sozialdemokratie gehört das Diktum, sich ebenso pionier- wie dauerhaft für die europäische Integration eingesetzt zu haben. Als Beleg einer „frühe[n] Vision für ein geeintes Europa“<sup>2</sup> gilt dabei vor allem das Heidelberger Programm, in dem bereits 1925 die „Vereinigten Staaten von Europa“ zum Ziel erhoben wurden.<sup>3</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg beanspruchte dann Kurt Schumacher als Parteivorsitzender mit Blick auf die politischen Leitsätze des Parteitags in Hannover 1946 für die SPD, „die einzige Partei“ in Deutschland zu sein, „die ohne jede Einschränkung und Täuschung (...) für ein geeintes Europa“ eintritt.<sup>4</sup>

Dass diese Selbstzuschreibungen der Sozialdemokratie jedoch bei näherer Betrachtung erheblich differenzierter zu sehen sind, hat in der Parteiöffentlichkeit bislang weniger, in der wissenschaftlichen Forschung hingegen bereits eingehender Berücksichtigung gefunden.<sup>5</sup> Im Heidelberger Programm wurde vor allem auf „die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit“ abgehoben und auf Kurt Schumachers Betreiben ist es zurückzuführen, dass die SPD dem Haager Europa-Kongress 1947 fern blieb und in der Folge im Bundestag auch gegen die Gründung von Europarat und Montanunion stimmte. Die angeführten (Selbst-)Zuschreibungen der SPD sind aber auch deswegen zu hinterfragen, weil bei bisherigen Betrachtungen zum Zusammenhang von europäischer Integration und

---

<sup>1</sup> Fritz Baade in der Fraktionssitzung vom 24.01.1950, zit. nach: Petra Weber (Bearb.): Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957, Düsseldorf 1993, S. 4 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd. 8/I).

<sup>2</sup> So Thomas Horsmann: Heidelberger Programm. Eine frühe Vision für ein geeintes Europa, in: Vorwärts vom 3. September 2015.

<sup>3</sup> Zit. nach Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 2004, S. 219f.

<sup>4</sup> So Kurt Schumacher im Juni 1946, zit. nach Rudolf Hrbek: Die SPD – Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945-1957), Bonn 1972, S. 33.

<sup>5</sup> Vgl. zum Literaturstand Jürgen Mittag: Europäische Profilbildung im Widerstreit: Der Haager Kongress 1948 und der Europagedanke in der deutschen Sozialdemokratie, in: Volker Depkat/Piero Graglia (Hg.): Die Entscheidung für Europa. Das Epochenbewusstsein deutscher und italienischer Politiker und das Projekt der europäischen Integration, Berlin/New York 2010, S. 263-290. Vgl. des Weiteren als Forschungsüberblick zum Themenfeld Parteien und Europa insgesamt Jürgen Mittag: Chance oder Chimäre? Die grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien in Europa, in: ders. (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006.

Sozialdemokratie entweder die Partei mit ihrem Führungspersonal bzw. ihren Organisationseinheiten und Arbeitsgemeinschaften im Blickfeld stand<sup>6</sup> oder aber die (bilaterale) transnationale Parteienkooperation von sozialdemokratischen Parteien. Hinzu kommen noch Darstellungen zu den Parteiorganisationen auf europäischer Ebene und zur Arbeit in den Fraktionen des Europäischen Parlaments.<sup>7</sup> Die SPD-Bundestagsfraktion ist im Hinblick auf ihre europapolitische Positionsbildung und ihre Entscheidungen in zentralen Fragen der europäischen Einigung hingegen bislang erst am Rande berücksichtigt worden.<sup>8</sup> Vor diesem Hintergrund sind die nachfolgenden Ausführungen als erste Erkundung eines bislang weitgehend vernachlässigten Akteurs zu verstehen. Nähere Beachtung widmet der Beitrag zentralen europapolitischen Themen und Fragen von Kontinuität und Wandel. Differenziert wird dabei zwischen einzelnen Zeitabschnitten, die im Hinblick auf europapolitische Positionen und Entscheidungen sowie Akteure und Organisationsformen beleuchtet werden.

Die Darstellung stützt sich auf jene überschaubare Anzahl von Sekundäranalysen, die bei der Betrachtung der SPD auch der Fraktion zumindest gewisse Beachtung gezollt haben,<sup>9</sup> sowie auf die bislang europapolitisch kaum ausgewerteten SPD-Jahrbücher und die seit 1993 als Edition erschienenen Fraktionsprotokolle der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, die bislang für den Zeitraum bis 1972 publiziert wurden.<sup>10</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. als grundlegende Darstellungen zur sozialdemokratischen Europapolitik aus den beiden letzten Dekaden Wilfried Loth: Von Heidelberg nach Godesberg: Europa-Konzepte der deutschen Sozialdemokratie zwischen Utopie und Politik, in: Gabriele Clemens (Hg.): Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Peter Krüger zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001, S. 203-219; Claudia Hiepel: „Europa gehört keiner Partei“: Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 271-288; Christian Krell: Sozialdemokratie und Europa Die Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste, Wiesbaden 2009; Patrick Bredebach: Das richtige Europa schaffen. Europa als Konkurrenzthema zwischen Sozial- und Christdemokraten. Deutschland und Italien von 1945 bis 1963 im Vergleich, Göttingen 2013

<sup>7</sup> Vgl. Simon Hix/Urs Leese: Shaping a Vision. A History of the Party of European Socialists 1957-2002, Brüssel 2002.

<sup>8</sup> Vgl. vor allem Astrid Stroh: Die SPD im europäischen Einigungsprozess. Organisation und innerparteiliche Willensbildung in der Europapolitik von 1979 bis 1989, Hamburg 2004.

<sup>9</sup> Vgl. Rudolf Hrbek: Die SPD – Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und West-Integration (1945-1957), Bonn 1972 und William E. Paterson: The SPD and European Integration, Lexington 1974

<sup>10</sup> Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949-1957, bearbeitet von Petra Weber, Düsseldorf 1993 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd. 8/I); Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957-1961, bearbeitet von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1993 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd. 8/II); Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966, bearbeitet von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1993 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd. 8/III); Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966-1969, bearbeitet von Bettina Tüfners, Düsseldorf 2009 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd. 8/IV); Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1969-1972, bearbeitet von Sven Jünkerkes, Düsseldorf 2016 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd. 8/V).

## **In Opposition zu Adenauers Westintegrationsplänen: Die SPD-Fraktion im ersten und zweiten Bundestag (1949-53 und 1953-1957)**

Als sich die SPD-Fraktion des ersten Deutschen Bundestags konstituierte, schauten die westdeutschen Parteien bereits auf eine längere außerparlamentarische europapolitische Profilierung zurück. Die Haltung der SPD hatte dabei zwischen 1945 und 1949 deutliche Änderungen erfahren. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg setzte die SPD unter der Ägide von Kurt Schumacher zunächst auf das Konzept der „Dritten Kraft“.<sup>11</sup> Den eng miteinander kooperierenden Staaten Europas sollte hierbei eine Rolle als Partner und Bindeglied zwischen den beiden neuen Weltmächten USA und UdSSR zukommen. Im Zuge des sich immer deutlicher abzeichnenden Kalten Krieges verlor die Konzeption der „Dritten Kraft“ jedoch immer stärker an Bedeutung, da sie in den von der Ost-West-Blockbildung geprägten internationalen Beziehungen keine Realisierungschance besaß. Mit Blick auf das prioritäre Ziel eines wiedervereinigten Gesamtdeutschlands, aber auch in Opposition zu den abendländischen geprägten Europaideen Konrad Adenauers sprach sich Schumacher in der Folge gegen (west-)europäische Einigungspläne und die Kompetenzverlagerung auf europäische Organe aus, ohne indes eigene Alternativvorschläge zu entwickeln. Auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg 1947 hatte Schumacher erklärt: Wir können uns dabei keinen Plan der Vereinigten Staaten von Europa aussuchen. (...) Wir haben, Genossinnen und Genossen, nur induktiv und experimentell den Weg der realen Möglichkeiten zu durchschreiten“.<sup>12</sup> Wilfried Loth bilanziert „Rücksicht auf das britische Zögern, Angst vor einer zu definitiven Verflechtung des westdeutschen Provisoriums in ein nur westliches System und Sorge vor der Entstehung eines konservativen klerikalen Europas“ als wesentliche Erklärungen für Schumachers Haltung, die er zugleich als offizielle Position der Partei durchsetzte.

Unumstritten war Schumacher Haltung jedoch nicht. Vor allem Sozialdemokraten wie Carlo Schmid, Paul Löbe oder Heinrich Ritzel, die sich in den Europabewegungen der Nachkriegszeit engagierten, aber auch pragmatische Landespolitiker wie Max Brauer oder Willy Brandt unterstützen die Idee eines supranationalen westeuropäischen Bundestaates. Carlo Schmid forderte im Zuge der Konstituierung des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung sogar die Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa und erklärte: „Auf den politisch wesentlichen Gebieten

---

<sup>11</sup> Vgl. zu Kurt Schumachers europapolitischen Positionen Wolfgang Benz: Kurt Schumachers Europakonzeption, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, München 1990, S. 47-61; Joseph Rovon: Kurt Schumacher und Europa, in: Nach-Denken. Kurt Schumacher und seine Politik, Berlin 1996, S. 53-62; Wolfgang Müller: Die europapolitischen Vorstellungen von Kurt Schumacher 1945-1952. Eine Alternative für Deutschland und Europa? Stuttgart 2003.

<sup>12</sup> Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 35-56.

des staatlichen Lebens muß aber eine echte Übertragung von Souveränitätsrechten auf eine europäische Organisation erfolgen.“<sup>13</sup>

Wie stark die Europapolitik zum Ende der 1940er Jahre von den großen europapolitischen Leitbildern dokumentieren die ersten Aktivitäten der neuen Fraktion. Paul Löbe eröffnet als Alterspräsident die erste Plenarsitzung mit einem Verweis auf die „Wiedergewinnung der deutschen Einheit“ in einem „geeinten Europa“, um dann auf die *finalité politique* eines europäischen Bundestaates abzuheben: „Deutschland will — ich sagte es schon — ein auf-richtiges, friedliebendes, gleichberechtigtes Glied der Vereinigten Staaten von Europa werden.“<sup>14</sup> Kurt Schumacher erinnerte in seiner ersten Rede als Fraktionsvorsitzender bei der Aussprache der Regierungserklärung Adenauers daran, dass die Sozialdemokratie „wegen ihrer Internationalität seit mehr als 80 Jahren angegriffen“ werde, um dann mit Blick auf die Anerkennung des Saargebiets als selbständigen Staat und den Europarat weiter auszuführen: „Aber, wer te Abgeordnete, eine deutsch-französische Verständigung, die so lebensnotwendig ist, kann doch nicht durch pathetische Schwüre geschaffen werden, sondern nur durch sachlichen demokratischen Austrag in der Diskussion der Probleme. Blankowechsel sollten wir auch hier nicht geben. (...) Europa heißt Gleichberechtigung, meine Damen und Herren!“<sup>15</sup>

Ausweislich der Fraktionsprotokolle ist über die Frage der Zustimmung zum Europarat in der SPD-Bundestagfraktion zunächst nicht kontrovers debattiert worden. Lediglich einzelne Abgeordnete wie Heinrich Ritzel waren gegenüber Kurt Schumacher dafür eingetreten, ein eigenes europäisches Programm in Anlehnung an die Vorstöße der Europaverbände zu entwickeln, über deren Tätigkeiten in den Fraktionssitzungen wiederholt berichtet wurde.<sup>16</sup> Dass die europapolitischen Antagonismen der Fraktion aber kaum zu übersehen waren, zeigte sich auf dem Hamburger Parteitag der SPD, als namentlich Paul Löbe und Willy Brandt Kurt Schumacher widersprachen, der für eine Ablehnung des Beitritts zum Europarat plädierte. In der Fraktionssitzung am 6. Juni erklärte Schumacher daraufhin, „daß es untragbar sei, wenn in der Fraktion bei der Behandlung der Frage nichts gesagt würde, dafür aber draußen in anderen Tagungen eine Auffassung vertreten würde, die der Mehrheit der Fraktion nicht entspreche.“<sup>17</sup> Obwohl sich auch Heinrich Ritzel und Hermann Brill gegen eine Ablehnung des Beitritts zum Europarats

---

<sup>13</sup> Carlo Schmid: Deutschland und der europäische Rat. Rede zur konstituierenden Versammlung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung am 13. Juni 1949 in Wiesbaden. Vgl. zum Hintergrund Jürgen Mittag: Vom Honoratiorenkreis zum Europanezwerk. Sechs Jahrzehnte Europäische Bewegung in Deutschland, in: 60 Jahre Europäische Bewegung, Berlin 2009, S. 12-28.

<sup>14</sup> Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, 1. Sitzung, 7. September 1949, S. 1 und S. 2.

<sup>15</sup> Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, 6. Sitzung, 21. September 1949, S. 42.

<sup>16</sup> Vgl. SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Fraktionssitzung vom 26. April 1950.

<sup>17</sup> Zit. nach SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Fraktionssitzung vom 6. Juni 1950, S. 1.

aussprachen und letzterer sogar die Idee einer Urabstimmung der Parteimitglieder über die Europaratsfrage aufwarf bzw. Schumacher ersuchte, nicht an der Schlussabstimmung über das Europaratsgesetz teilzunehmen, um nicht gemeinsam mit der antieuropäischen KPD „zusammen gegen das Europaratsgesetz“ zu stimmen, gelang es Schumacher, die Fraktion auf seine Linie zu bringen: In der Abstimmung über das Europaratsgesetz am 15. Juni 1950 stimmte die Fraktion geschlossen gegen das Gesetz.<sup>18</sup>

Deutlich wird an den Debatten über den Beitritt zum Europarat, dass es nicht nur in der sozialdemokratischen Partei, sondern auch in der SPD-Bundestagsfraktion keine homogene Europavorstellungen gab. Vielmehr wurde auch innerhalb der Fraktion um Europa-Konzeptionen gerungen. Kurt Schumacher vermochte mit Blick auf den Hamburger Mehrheitsbeschluss der Partei aber die Fraktion hinter sich scharen. Obwohl die SPD-Fraktion gegen den Beitritt stimmte, entschloss sie sich nach eingehender Debatte aber an den Aktivitäten des Europarats zu beteiligen und Delegierte in die Versammlung des Europarats zu entsenden.<sup>19</sup> Damit untermauerte die SPD auch in der Europapolitik ihre systemloyale Haltung als Oppositionspartei, die maßgeblich für die ersten Jahre der Bundesrepublik waren. Eine ähnliche Haltung lässt sich in der Fraktion auch bei den Debatten über den Schuman-Plan ausmachen. Der EGKS-Plan wurde in der Fraktion weitgehend kritisch gesehen, da man ihn vor allem als französisches Kontrollinstrument betrachtete.<sup>20</sup> Nach eingehenden Debatten und trotz teilweise anders gelagerter Positionen bei einzelnen Abgeordneten,<sup>21</sup> entschied sich die Fraktion mit Blick auf die Mehrheitsströmung in der Partei, bei der Schlussabstimmung gegen den Schuman-Plan zu votieren. Dennoch zeigte man sich auch hier bereit, in den Gremien der EGKS mitzuwirken und etwa Delegierte wie Erich Ollenhauer oder Herbert Wehner in die Gemeinsame Versammlung der Montanunion zu entsenden.

Unter der Ägide von Erich Ollenhauer wurde mit der Ablehnung der EVG eine ähnliche Haltung wie bei den Voten gegen Europarat und Montanunion eingenommen. Erneut gelang es dem Fraktionsvorsitzenden die Abgeordneten hinter sich zu vereinen. Deutlich wurde an den fraktionsinternen Debatten jedoch, dass die Parlamentarier auf immer größere Schwierigkeiten

---

<sup>18</sup> Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, Sitzung vom 15. Juni 1950, S. 2521.

<sup>19</sup> Vgl. SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Fraktionssitzung vom 28. Juni 1950, S. 2.

<sup>20</sup> Siehe hierzu die Ausführungen Erich Ollenhauers, der nach Schumachers Erkrankung auch bei europapolitischen Themen die Federführung übernommen hatte, in der Fraktion. Vgl. SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Fraktionssitzung vom 8. Januar 1951, S. 1-2.

<sup>21</sup> Von Hermann Brill wurden in diesem Zusammenhang von „bolschewistischen Methoden innerhalb der Partei“ gesprochen. Ebd, S. 2

stießen, die eigene Entscheidung gegenüber Mitgliedern und Wählern zu begründen. Deutlich wird dies am Diskussionsbeitrag von Heinrich Deist in der Fraktionssitzung am 24. Februar 1954, in der er erklärte, dass „für die SPD eine starke Betonung ihrer europäischen Einstellung notwendig [sei]. Es müßte geklärt werden, wie sich die SPD die europäische Zusammenarbeit vorstelle. (...) Die deutsche Bevölkerung müsse die Haltung der SPD klar erkennen.“<sup>22</sup> Zunächst dominierte in der Fraktion aber die Orientierung an bisherigen Positionen. Zu den Positionen, die seitens der zweiten SPD-Bundestagsfraktion in dieser Zeitphase wiederholt betont wurden, zählte – in Kontinuität zur bisherigen Europapolitik – die Forderung nach einer Einbeziehung Großbritanniens in die europäische Integration sowie eine umfassende Europakonzeption, die über sektorbezogene Vorhaben hinausging. Zugleich forderte man mit Blick auf die zentrale Frage der Wiederbewaffnung den Verzicht auf Westintegration vor Vier-Mächte-Verhandlungen. Nicht zuletzt wurden vor diesem Hintergrund die Projekte der Europäischen Politischen Gemeinschaft und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft abgelehnt.

In den folgenden Jahren trat eine jüngere Generation von Europapolitikern in der Fraktion immer stärker hervor, die die bisherigen – stark akademisch geprägten – Europaexperten Carlo Schmid (geb. 1896) und Heinrich Ritzel (geb. 1893), aber auch Fritz Baade (geb. 1893) und Hermann Brill (geb. 1895) weitgehend zur Seite drängte. Zu den neuen Europaexperten der Fraktion gehörten Fritz Erler (geb. 1913), Karl Mommer (geb. 1910), aber auch Willi Birkelbach (geb. 1913) und Heinrich Deist (geb. 1902), die auch durchweg in den Parlamentarischen Versammlungen von Europarat, EGKS oder Westeuropäischer Union tätig wurden. Eine Sonderrolle kam Herbert Wehner sowie Erich Ollenhauer als Fraktionsvorsitzendem zu. Die Mitarbeit dieser Abgeordneten in den europäischen Organisationen begleitete eine europa- und (außen)politische Wende, deren Impulse aber nicht von der Fraktion ausgingen. Folgt man Rudolf Hrbek, der die bis heute umfassendste Studie zur sozialdemokratischen Europapolitik in den 1950er Jahren verfasst hat, war der Druck der anderen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, der deutschen Gewerkschaften und vor allem der Wählerschaft bei den stark außenpolitisch geprägten Wahlen 1957 so groß, dass sich in der dritten Wahlperiode des Deutschen Bundestags ein grundlegender Kurswechsel vollzog.<sup>23</sup>

Dieser hatte sich aber schon Ende Mai 1957, noch vor den Bundestagswahlen, angedeutet, als Parteivorstand und Fraktionsvorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenkamen, was auch die gewachsene Bedeutung der Fraktion dokumentiert. Kurtz Klotzbach zufolge hatte

---

<sup>22</sup> SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Fraktionssitzung vom 24. Februar 1954, S. 4.

<sup>23</sup> Vgl. Hrbek, S. 352ff. Siehe mit stärkerer Akzentuierung der Partei auch Detlef Rogosch: Vorstellungen von Europa: Europabilder in der SPD und bei den belgischen Sozialisten 1945-1957, Hamburg 1996.

Wehners Vorschlag, sich der Stimme zu enthalten, keine Mehrheit gefunden, während Mommer, Mellies, Erler, Welke Ollenhauer, Birkelbach und Schöne für eine Zustimmung plädierten, da man, so Mommer, „in einem internationalen Vertrag nicht einen nationalen Wunschzettel erfüllt sehen“ könne.<sup>24</sup> Im Fraktionsvorstand stimmten zehn Abgeordnete dafür, sechs enthielten sich; in der gesamten Fraktion gab es 13 Enthaltungen.<sup>25</sup>

### **Europapolitischer Kurswechsel: Die SPD-Fraktion im dritten und vierten Bundestag (1957–1961 und 1961–1965)**

Wie bedeutsam die Europapolitik mittlerweile geworden war, aber auch wie begrenzt die europapolitische Koordination verlief, verdeutlichte die Forderung Heinrich Deists in der Fraktionssitzung der SPD vom 28. Oktober 1958, in der er es für erforderlich erachtete, „von Zeit zu Zeit eine Diskussion über die Fragen, die sich in den europäischen Parlamenten ergeben, mit den Mitgliedern der Bundestagsfraktion durchzuführen, um die Arbeit zu koordinieren.“<sup>26</sup>

In der selben Fraktionssitzung hatte es nochmals eine eingehende Debatte über die Haltung zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegeben, in der sich trotz erkennbarer Bedenken eine deutliche Zustimmung herauschälte. Heinrich Deist fasste diese mit den Worten zusammen, dass „er den Eindruck habe, daß wir uns noch nicht im klaren darüber seien, welche Politik wir dort treiben wollen. Die Bedenken wären innerhalb der Partei gegenüber diesem Vertrag groß, doch hält er es für unbedingt erforderlich, daß jetzt an diesem Vertrag voll mitgearbeitet werden solle. Die guten und ausbaufähigen Elemente dieses Vertrages müßten wir ausnutzen, und dazu sei vor allen Dingen zu klären, daß wir wissen müßten, was fortschrittlich und was hinderlich sei im Sinne unserer politischen Ansichten.“<sup>27</sup>

Ob diese Haltung nun als „realpolitische Resignation“ der Bundestagsfraktion oder nachholende Befürwortung solcher Vorhaben, die von Partei und Fraktion „grundsätzlich nie Frage gestellt oder abgelehnt“ worden wären,<sup>28</sup> bleibt der Perspektive des Betrachters überlassen.<sup>29</sup> Die SPD-Fraktion begründete ihre Zustimmung im Plenum vor allem mit dem Argument, dass mit der EWG die sektorale Ausrichtung und Teilintegration der Montanunion nunmehr überwunden würde und die wirtschaftliche Dimension der Römischen Verträge nicht in gleichen

---

<sup>24</sup> Zit. nach Klotzbach, S. 367.

<sup>25</sup> SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Fraktionssitzung vom 24. Juni 1957, S. 1.

<sup>26</sup> SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Fraktionssitzung vom 28. Oktober 1958, S. 6.

<sup>27</sup> Ebd, S. 3.

<sup>28</sup> Siehe hierzu mit Verweis auf Fritz René Allemann näher Hrbk, S. 376.

<sup>29</sup> Vgl. auch Jürgen Bellers: EWG und die „Godesberger“ SPD, Siegen 2003.

Maße wie EVG und EPZ das Verhältnis der beiden Blöcke – und damit auch die Frage der deutschen Einheit – belaste.

Herbert Wehner, der im April 1960 in seiner berühmten Bundestagsrede die außenpolitische Kehrtwendung der SPD verkündete, dokumentierte in europapolitischer Hinsicht damit einen Prozess, der schon zuvor eingeleitet worden war.<sup>30</sup> Verändert an der Haltung der SPD-Bundestagsfraktion zeigte sich, dass im Einklang mit den Europaverbänden und -bewegungen zunehmend stärker auf die demokratische Ausgestaltung der europäischen Organisationen gepocht und eine entsprechende demokratische Kontrolle angemahnt wurde.<sup>31</sup> Von Mellies war diese Forderung schon bei der Zustimmung zu den Römischen Verträgen mit den Worten angemahnt worden: „Es bleibt aber eine der dringendsten Aufgaben für die Entwicklung dieser Verträge, der Europäischen Versammlung jene Kontrolle und Gesetzgebungsrechte zu sichern, deren sich die nationalen Parlamente der sechs Staaten jetzt begeben.“<sup>32</sup> Die Forderung nach Direktwahlen zum Europäischen Parlament der Bundesfraktion ergänzte diese Haltung ebenso wie das zu Beginn der 1960er Jahre stärker bemühte Konzept eines Europas der Völker, mit dem man die später bemühte Formel vom Europa der Bürger vorwegnahm.<sup>33</sup> Zugute kam der SPD-Bundestagsfraktion zudem, dass die fast schon traditionelle Forderung einer Einbeziehung Großbritanniens in die europäischen Vertragswerke in den 1960er Jahren im Zuge der britischen Beitrittsanträge auf weitaus stärkere Resonanz stieß.<sup>34</sup>

### **Europapolitische Unterstützung der Regierungspolitik: Die SPD-Fraktion im fünften und sechsten Bundestag (1965–1969 und 1969–1972)**

- Veränderte Rahmenbedingungen: Die SPD als Regierungspartei
- Im 5. Bundestag kaum neue europapolitische Akzente
- widerstreitende Interessen der Mitgliedstaaten und Rücksichtnahme auf Charles des Gaulles als wesentliche Hindernisse
- komplexe interministerielle Aushandlungsprozesse und unterschiedliche Prioritäten innerhalb des Kabinetts bremsen Fraktion

---

<sup>30</sup> Wehner forderte: „Nachdem Europa schon durch die Kommunisten gespalten ist, darf nicht dazu beigetragen werden, Europa noch einmal zu spalten. Vielmehr muß, soweit wir dazu etwas tun können, alles in die Wege geleitet werden, damit es in einer breiten Gemeinschaft zusammenarbeiten kann. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, Bd. 46, Bonn 1960, S. 7055f.

<sup>31</sup> Vgl. etwa die Rededisposition von Käthe Strobel. Fraktionssitzung: 14. Oktober 1964

<sup>32</sup> Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 224. Sitzung, 5. Juli 1957, S. 13347ff.

<sup>33</sup> Vgl. Stroh, S. 70. Siehe des Weiteren Jürgen Nielsen-Sikora: Europa der Bürger?: Anspruch und Wirklichkeit der europäischen Einigung – eine Spurensuche, Stuttgart.

<sup>34</sup> Vgl. Bredebach.

- Debatte um Priorität für Vertiefung oder Erweiterung
- SPD-Bundestagsfraktion setzte vorwiegend auf Politik der Verständigung durch Erweiterung
- verfolgte damit sowohl westeuropäische als auch gesamteuropäische Perspektiven
- 1969 als zentrale Wegmarke der europäischen Integration (Haager Gipfel)
- Stärkere Rolle der Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat)
- Fraktion als Erfüllungsgehilfe von Brandts europapolitischen Initiativen
- Fraktionssitzung vom 1.12.1970: „Weiterentwicklung der westeuropäischen Integration, das Rückgrat unserer gesamten Politik, und zwar sowohl der auswärtigen als der auch der inneren Politik“

### **Europapolitischer Pragmatismus: Die SPD-Fraktion im siebten, achten und neunten Bundestag (1972–1976, 1976-1980 und 1980-1983)**

- Ausbau der Exekutivdominanz in Europapolitik
- Forderung der Fraktion nach politischer Integration, aber keine konkreten Pläne und Konzepte
- Forderung nach Ausbau des sozialen Europas als Profilierungsfeld
- Problem der Doppelmandate Bundestag/EP
- Konzentration auf erste Direktwahlen
- Kaum Zusammenarbeit mit anderen Parlamentsfraktionen (während Parteienzusammenarbeit in dieser Phase deutlich ausgebaut wird und sogar europäische Parteiorganisationen gegründet werden)

### **Loyale europapolitische Opposition: Die SPD-Fraktion im zehnten und elften Bundestag (1983–1987 und 1987-1990)**

- Forderungen der SPD-Fraktion nach besserer europapolitischer Koordination
- Hans-Jochen Vogel zur EEA: „Vor allem aber ist die Funktion des Europäischen Parlaments kaum gestärkt worden. An rechtssetzenden Entscheidungen, also an dem, was bei uns die Gesetze oder zustimmungsbedürftige Verordnungen sind, ist das Europäische Parlament so wie bisher nur geringfügig oder gar nicht beteiligt. Die Europäisierung einer Aufgabe, also ihre Überführung aus dem nationalen Bereich auf die europäische Ebene, bedeutet also gleichzeitig eine Entdemokratisierung, eine Entparlamentarisierung. Denn was der Bundestag und die nationalen Parlamente an Zuständigkeiten verlieren, geht nicht auf das Europäische Parlament, sondern auf den Ministerrat, also auf

die Exekutive, über. Jede Überleitung ist also gleichzeitig eine Art Ermächtigungsgesetz, nicht im schlimmen Sinne der 30er Jahre, sondern im Sinne der Einschränkung der Rechte der Volksvertretung. Das ist ein undemokratischer und unparlamentarischer Vorgang.“

### **Ausdifferenzierung und Euroskeptizismus: Die SPD-Fraktion im zwölften und dreizehnten Bundestag (1990–1994 und 1994-1998)**

- Keine fundamentale, aber konstruktive Europakritik
- Heidemarie Wiecek-Zeul: „Dies ist der Hauptgrund, warum viele in meiner Fraktion, die Maastricht durchaus kritisch sehen, dem Vertrag und den notwendigen Verfassungsänderungen zustimmen werden. Unsere Fraktion macht mit der Ratifizierung des Maastricht-Vertrages deutlich: Deutschland ist ein verlässlicher Partner. Wir wollen klar und deutlich machen: Europa hat zur deutschen Einheit ja gesagt; wir sagen ja zur europäischen Einigung.“
- Debatte über WWU auch in Fraktion, Flankierung des Binnenmarkts durch europäische Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik
- wachsende Aufmerksamkeit für Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik
- zugleich aber Beibehaltung des prinzipiell bundesstaatlichen Leitbilds
- SPD für Beitrittsperspektive der Türkei

### **Profilierung als Europapartei/fraktion: Die SPD-Fraktion im vierzehnten und fünfzehnten Bundestag (1998–2002 und 2002-2005)**

- europäische Integration als neue, eigenständige Konfliktlinie in der parteipolitischen Konfliktstruktur
- SPD-Bundestagfraktion fordert, EU eine neue Richtung zu geben
- Friedensmacht, Solidargemeinschaft,

### **Analyse/Fazit**

- Nationale Parlamentsfraktionen als wichtige (bislang vernachlässigte) Akteure der Europapolitik
- Binnenperspektive und Kontroversen der Bundestagsfraktion ohne Fraktionsprotokolle kaum nachzuvollziehen (Zeitraum nach 1972)
- Organisationsstrukturen (Arbeitskreise etc.) müssen noch herausgearbeitet werden (z.B. Einrichtung der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union)

- Strukturreform 1991: Rückverlagerung in Fraktionsversammlung, 1998 Rückkehr zu alten Strukturen
- Europapolitische Experten der weiteren Dekaden (Katharina Focke, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Günther Verheugen)
- SPD-Bundestagsfraktion agierte europapolitische vielfach im Gefolge der Partei, folgte der Linie von Partei und PV
- Kaum eigenständige Europa-Bilder und -Konstruktionen
- Maßgebliche europapolitische programmatische Impulse durch Fraktion aber zum Ende der 1950er Jahre
- SPD-Bundestagsfraktion als Wegbereiter der europapolitischen Wende?
- Wesentlicher Einfluss des Doppelmandats und der Mitwirkung in den europäischen parlamentarischen Versammlungen (europäische Sozialisierung bzw. Europäisierung der SPD-Bundestagsfraktion)
- Paradebeispiel Wehner, der sich vom deutschlandpolitischen Mahner zum Befürworter der europäischen Integration wandelte; Mitarbeit in Jean Monnets Aktionskomitee zur Einigung Europas
- Grundsätzlich hohe europapolitische Kontinuität, aber strategische Brüche
- Unterscheidung zwischen Phasen in Opposition und Regierung ist wichtiger Erklärungsansatz für Grad und Ausrichtung der europapolitischen Aktivitäten
- Von den 1970er bis 2000er Jahren ist Europa kein bzw. nur noch selten Gegenstand parteipolitischer Kontroversen im Parlament (proeuropäische Grundkonsens der alten Bundesrepublik und der politischen Elite)
- Kritik der SPD-Bundestagsfraktion (auch anderer Fraktionen), dass Europapolitik am Parlament vorbeilaufe -> seit 1994 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Vorläufer Europa-Kommission des Deutschen Bundestags)
- deutlich wird an der Überblicksbetrachtung zur Europapolitik, dass es nicht nur in der sozialdemokratischen Partei, sondern auch in der SPD-Bundestagsfraktion nie einheitliche Europavorstellungen existierten
- Rückkoppelung an Baade-Zitat: Europapolitik zwischen Sonntagsreden und Detailkontroversen

